

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger die Bestellungen
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Jahrespreis — Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis: Die Anzeigerpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
nach dem Inhalt der Anzeigen, sowie
nach dem Inhalt der Anzeigen, sowie
nach dem Inhalt der Anzeigen, sowie
nach dem Inhalt der Anzeigen, sowie

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 104

Mittwoch, den 6. Mai 1925

20. Jahrgang

Bernehmung Stressemanns im Ruhrausschuß.

Das Reich hatte die Pflicht zur Ersatzleistung.

Berlin, 4. Mai. Vor dem Untersuchungsausschuß
des Reichstages über die der Ruhrindustrie gezahlten
Entschädigungen wurde heute vormittag

Reichsaussenminister Dr. Stressemann
vernommen. Dr. Stressemann, der zur fraglichen Zeit
als Reichskanzler den Briefwechsel mit Stinnes geführt
hat, erklärte über die Absichten der Parteien bei dem
Vertragsabschluss:

Bei den damaligen Verhandlungen zwischen der
Reichsregierung und dem rheinisch-westfälischen Kohlen-
bergbau sind die Verpflichtungen der Reichsregierung
weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung
hinausgegangen. Es kann gar keinem Zweifel unter-
liegen, daß das Reich eine Verpflichtung übernommen
hatte, die auch unter allen Umständen von der andern
Seite anlagbar gewesen wäre. Man brauchte ein In-
strument, um diese Kredite zu erreichen, und das sei die
Verpflichtung der Reichsregierung, nach Ordnung der
Reichsfinanzen ihrerseits an die Stelle der die Repa-
rationslasten vorstehenden Industrie zu treten. Der
grundlegende Satz im Protokoll über die Verhandlun-
gen der Reichsregierung am 20. Okt. 1923 lautet:

„Das Reich anerkennt die Verpflichtung
zur Ersatzleistung.“

Die Ersatzleistung tritt ein, sobald die Reichsfinanzen
in Ordnung gebracht sind.“

Am 28. November hat das Wiederaufbauministerium
an die deutsche Kriegslastenkommission in Paris
ein Schreiben gerichtet und hat dort zur Weitergabe an
die Kommission ebenfalls mitgeteilt, daß die Reichsregierung
bei den Verhandlungen gegenüber der Verpflichtung zum Er-
satz der von ihnen übernommenen Leistungen nach Ord-
nung der Reichsfinanzen unter der Voraussetzung auf
Wunsch unter Reparationskonto übernommen habe.

In einer Sitzung des Wiederaufbauministeriums
vom 18. Januar 1924 ist bereits die gesamte Belastung
der Bäder aus den Reparationsverträgen auf mehr als
50 Millionen im Monat geschätzt worden. Bei den er-
sten Verhandlungen die wir mit der Sechserkommission
geführt haben, standen wir alle unter dem Eindruck,
daß die Verpflichtungen des Kohlenbergbaues mit dem
15. April ihr Ende finden würden, weil wir hofften, bis
dahin so oder so zu einer anderen Art der vertrags-
mäßigen Reparationsleistung gekommen zu sein. Die
Sorgen des Kohlenbergbaues haben aber schon vorher
uns mitgeteilt, daß sie gar nicht mehr in der Lage wä-
ren, ihrerseits diese Leistungen aufrechtzuerhalten. Das
Reich erkennt an, daß auch die Leistungen des Ruhr-
bergbaues nach dem 15. April 1924 einen Teil der
Reparationsleistungen darstellen. Das Reich wird die
Zahlungen leisten, sobald die Anleiheemittel dazu zur
Verfügung stehen. Es ist dann am 18. April die ent-
scheidende Sitzung über die Fortsetzung der Reparations-
verträge gewesen. Dort ist jenes Communiqué her-
ausgegeben worden, in dem gesagt wurde, die Entschel-

lung der Reparation hätte eine neue Lage geschaffen, in der
das Wiederaufbauministerium noch einmal verlängert werden
könne, weil die Beschaffung von Mitteln aus Anleihen
in Aussicht stände. Wir wußten nicht, wie wir die
Sache bis Ende August hinstellen sollten, da uns die
Herren nach Meinung der Reparationskommission mit vollem Recht
erklärten, daß sie am Ende ihrer Kräfte wären.

Aus den ganzen Verhandlungen geht eins hervor:
Es handelte sich um vorgestreckte Reparationslei-
stungen des Deutschen Reiches, die das Deutsche Reich zu
übernehmen hatte, die zu übernehmen es sich verpflich-
tet hat, sobald seine Finanzen in Ordnung waren. Hier-
aus ergibt sich für mich, daß das Reich auch eine privat-
rechtliche Bindung übernommen hat.

Nach kurzer Aussprache folgte die Bernehmung des
Ministerialdirektors Dr. von Brandt

vom Reichsfinanzministerium über das Thema: „Hat
das Reichsfinanzministerium den Standpunkt vertreten,
daß der Reichstag vor Zahlung der Entschädigung ge-
fragt werden muß?“ Er erklärt: Es ist mir nicht er-
innerlich, daß man auf dem Standpunkt gestanden hat,
daß eine gesetzliche Festlegung notwendig sei. Es wurde
seinerzeit im Finanzministerium ein Ueberblick über die
Sache gegeben, und im Anschluß daran ist an die Staats-
abteilung herangetreten worden, einen bestimmten Ver-
trag zur Verfügung zu halten, und zwar für solche An-
sprüche, die nicht durch Wiederaufbau-Zufügen gedeckt wären,
für diejenigen, die bisher noch nicht erhalten hätten,
und zwar in Höhe von 50 Prozent. Schätzungsweise
wurden dafür 20 Millionen benötigt. Die Frage, ob
dafür die Mitwirkung des Reichstages erforderlich sei,
sollte dadurch nicht berührt werden. Aus der Entschel-
dung der Mitwirkung des Reichstages war jedenfalls
die bona fides der Reichsregierung zu folgern. Dann
kam die Reichstagsauflösung. Schließlich aber wurde
die Forderung in nicht vorhergesehener Weise besser.
Im August hatte man noch auf dem Standpunkt ge-
standen, für alle diese Forderungen werde in absehbarer
Zeit wohl nichts verfügbar sein. Nunmehr, als sich das
Kassenbild besserte, sagte man den Gedanken, ob nicht
durch einen Vergleich ein finanzieller Vorteil für das
Reich ermöglicht werden könne. Bisher waren wir der
Meinung, daß man einig gehen mit der Deckung durch den
Reichstag. Der Reichskanzler hat sich damals genau so
ausgesprochen, wie hier im Ausschusse, nämlich dahinge-
hend, daß durch das Abkommen eine diskontinuierliche Un-
terlage für die Bergindustriellen geschaffen werden
sollte.

Damit ist die Bernehmung des Rezenten Dr. von
Brandt beendet. Der Vorsitzende stellt fest, daß nun-
mehr die Vernehmlichkeits erledigt sind bis auf die Ber-
nehmung des Abgeordneten Sollmann. Der Ausschuss
stimmt dann der Einsetzung eines Unterausschusses zur
eingehenden materiellen Prüfung der Akten zu. Darauf
wurden die Verhandlungen vertagt.

Französische Gemeindevahlen.

Paris, 4. Mai. Das Gesamtergebnis der gestri-
gen Munizipalwahl liegt noch nicht vor. Vermutlich
wird erst im Laufe des Nachmittags eine amtliche Ver-
öffentlichung des Ministeriums des Innern volle Auf-
klärung geben. Jedoch wird allgemein der Erfolg des
Kartells der Linken bestritten.

„Information“ veröffentlicht eine um 10 Uhr vor-
mittags zusammengestellte Statistik über das Ergebnis
der Munizipalwahlen in den Kantonalhauptstädten.
Hiernach sind gewählt worden: 15 Stadträte mit so-
zialistischer Mehrheit, 4 mit sozialistisch-republikanischer
Mehrheit, 8 mit radikal-republikanischer Mehrheit, 91
mit republikanisch-sozialistischer Mehrheit, 21 mit links-
republikanischer Mehrheit, 28 Stadträte, deren Mehr-
heit der demokratisch-republikanischen Vereinigung an-
gehört, und 7 Stadträte mit konservativer Mehrheit.
Auch diese Statistik stellt die sehr große Anzahl der
erforderlichen Stichwahlen fest.

Paris ist sich treu geblieben. Die Presse des Na-
tionalen Blattes feiert diesen Sieg. Sie schreibt „Ave-
nir“, das Ergebnis entspreche den Hoffnungen. Nach
12 Monaten radikaler und sozialistischer Politik habe sich
in Paris nichts geändert. Das gestrige Ergebnis be-
deute die Befestigung der Munizipalwahlen von 1919.
Paris bleibe also dem Nationalen Blatte treu. Das sei
die Lehre, die sich sehr klar aus der gestrigen Wahl
ergebe.

In der Bannmeile von Paris fällt die Entscheidung
fast überall erst am Tage der Stichwahl. Man hat hier
ein Nachlassen der kommunistischen Stimmen zugunsten
der Sozialisten festgestellt. Es ist zu erwarten, daß bei
der Stichwahl das Kartell der Linken überall da in
die Erscheinung treten wird, wo es beim ersten Wahl-
gang nicht in die Erscheinung getreten ist, jedoch bei den
Resultaten der Provinz sich ergebende Sieg des
Kartells der Linken sich noch vergrößern dürfte, was
auch einige Blätter der Minderheit zugeben.

So heißt es im „Figaro“: Trotzdem die aus dem
Lande eintreffenden Wahlergebnisse eine gewisse Be-
wegung nach links anzeigen, ermöglichen sie doch noch
nicht, allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen. Man
werde erst am Tage der Stichwahlen klar sehen. Ein-
fache Herbe schreibt in der „Victoire“: Wahrscheinlich-
gemäß muß man feststellen, daß die Veränderung kaum
erheblich sei, wenn überhaupt eine vorhanden sei. „Das
Gerücht genagelter Militärdiktator, das aus der Rich-
tung Berlin herüberläuft“, hat die gewöhnliche Rund-
schaft des Kartells der Linken und noch viel weniger
die Kommunisten dazu gebracht, auch nur den Kopf zu
wenden. Auch die Mentalität der Umgebung von Pa-
ris bleibt beunruhigend, und der Erfolg, den die Na-
tionalrepublikaner in Paris erlangt haben, kann die
rauhg Wirklichkeit nicht maskieren. Wir sind noch weit
entfernt von jener nationalen Wiederaufrichtung, die
man das Recht hat, von dem siegreichen Frankreich zu
verlangen. Im „Domme Libre“ steht, die Ergebnisse
des ersten Wahlganges seien für die Linksparteien und
besonders für das Kartell der Linken sehr befriedigend.
Trotz der Propaganda der Gemäßigten und Konservati-
ven, die behaupten hätten das Kartell der Linken be-
reite der Revolution die Wege, stelle man fest, daß die
Kommunisten keinen wesentlichen Vorteil erzielt haben.

Die Konferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen- und Munitionshandels.

Am Montag nachmittag wurde in Genf die Kon-
ferenz für die Kontrolle des internationalen Waffen-
und Munitionshandels eröffnet. Es nahmen an dieser
43 Staaten teil, von denen Deutschland, die Vereinigten
Staaten, die Türkei und Ägypten dem Völkerbunde
nicht angehören. Sowjetrußland hat die Beteiligung
an der Konferenz abgelehnt. Die deutsche Delegation
steht unter Leitung des Gesandten v. Gardt. Der vom
Völkerbundrat ernannte Präsident der Konferenz, der
frühere belgische Ministerpräsident Carton de Wiart,
begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die deutsche De-
legation und dankte ihr für ihre wertvolle Mitwirkung.
Die Delegation der Vereinigten Staaten steht unter Lei-
tung von Burton, Mitglied des Repräsentantenhauses.
An der Spitze der französischen Delegation steht der
Abgeordnete Paul Boncour und an der Spitze der eng-
lischen Delegation der Unterstaatssekretär im Kriegs-
ministerium Graf Onslow.

Der Vorsitzende de Wiart wies in seiner Begrü-
ßungsrede darauf hin, daß die Konferenz sich nur mit
dem internationalen Waffenhandel, nicht aber mit der
Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie zu befassen
habe. Da das im Jahre 1919 ausgearbeitete interna-
tionale Übereinkommen von St. Germain infolge der

Das amtliche Wahlergebnis.

Nach den Berechnungen des Reichswahlleiters stellt
sich das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsi-
dentenwahl vom 26. April wie folgt:

Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste	98 980 298.
Zahl der abgegebenen Stimmzettel	493 857.
Zahl der Stimmberechtigten zusammen	99 474 055.
Zahl der ungültigen Stimmen	216 051.
Zahl der gültigen Stimmen	30 351 943.
Davon entfallen auf	
Hindenburg	14 855 768
Marg	13 751 815
Thälmann	1 931 151
Beschlittert	13 416

Hindenburgs Empfang in Berlin.

Der neugewählte Reichspräsident v. Hindenburg
trifft nach den bisherigen Dispositionen am Montag, 11.
Mai, nachmittags 5 Uhr in Berlin ein, und zwar wird
der fahplanmäßige Zug, dem in Hannover der Salon-
wagen des Reichspräsidenten angehängt wird, um diese
Zeit einen außerplanmäßigen Halt auf dem Bahn-
hof Heerstraße machen. Dort begrüßt Präsident von
Hindenburg den Zug und bestiegt nach kurzer Begrü-
ßung durch Reichskanzler Dr. Aulrich, die Staatssekre-
täre Meißner und Kempner sowie Polizei-Bezirkspräsident
Dr. Heidebrand einen Kraftwagen, der ihn durch den
Straßenzug Kaiserbaum — Bismarckstraße — Charlot-
tenburger Wäuffen in die Wilhelmstraße zur Reichskanz-
lei bringt. Bis zur Umbekleidung nimmt der neue

Reichspräsident beim Reichskanzler Wohnung; am
Mittwoch des Montag gibt der Reichskanzler zu Ehren des
gewählten Reichspräsidenten ein Essen im kleinen Kreis.

Der Empfang Hindenburgs in Berlin entbehrt,
einem Wunsch des Feldmarschalls entsprechend, des Ge-
dränges. Es findet kein offizieller Einzug statt. Da
jedoch mit starker Beteiligung der Bevölkerung zu rechnen
ist, hat man sich für die etwa 7 Kilometer lange
Anfahrtsstraße vom Bahnhof Heerstraße entschieden.

Die endgültige Ordnung für den Empfangstag ist
ebenso wie für den Vereidigungstag noch nicht festgesetzt.
Annahmen ist, daß an beiden Tagen der Bannkreis
vollständig gesperrt wird, daß also s. B. die Anfahrts-
straße östlich des Großen Sterns dem Publikum nicht
frei bleibt, und daß die Abnahme der Front am Re-
ichspräsidenten innerhalb einer Absperrungslinie vor sich geht.

Vor der Landtagsauflösung.

Im preussischen Landtag hat gestern der interfraktio-
nelle Ausschuss der Volksparteien eine Sitzung ab-
gehalten, an der auch der Ministerpräsident Otto Braun
teilnahm. Die drei im Ausschusse vereinigten Parteien
waren der Meinung, daß wenn das Kabinett Braun
wieder keine Mehrheit verlangen sollte, zur Auflösung
geschritten werden müßte. Ministerpräsident Braun er-
klärte, daß er ganz der Meinung des interfraktionellen
Ausschusses sei. Am Freitag vormittag trete der Auf-
lösungsausschuß, der aus dem Ministerpräsidenten dem
Landtagspräsidenten Bartels und dem Präsidenten des
Staatsrats, Dr. Udenauer-König, besteht, zusammen.
Falls das Kabinett in der Minderheit bleibe, werde er
unbedingt die Auflösung vorsehen.